

Hass im Netz kann alle treffen, Jugendliche ganz besonders

Lutz Ickstadt, Lukas Bernhard

Hass im Netz ist längst Alltag – und er ist politisch. Das sind zwei der Hauptergebnisse unserer Studie „Lauter Hass – leiser Rückzug“ (Bernhard/Ickstadt 2024). Befragt wurden dazu rund 3.000 Internetnutzende ab 16 Jahren in Deutschland zu ihrer Wahrnehmung und ihren Erfahrungen mit Hass im Netz. Die bundesweit repräsentative Online-Befragung für das Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz wurde zwischen dem 23. Oktober und 3. November 2023 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im Februar 2024 veröffentlicht.

Hass im Netz nimmt zu, Betroffene ziehen sich häufig zurück

In einer Zeit, in der politische Debatten und gesellschaftliche Teilhabe ohne das Internet kaum noch vorstellbar sind, ist es enorm wichtig, die Dynamiken des Hasses zu verstehen. Gerade in den letzten Jahren hat Hass in der Wahrnehmung der Internetnutzenden zugenommen: 89 % stimmen dieser Beobachtung zu.

Auf Hass im Netz reagieren Betroffene – also Internetnutzende, die selbst schon Hasserfahrungen im Internet machen mussten – neben dem Blocken und Melden von Hassbeiträgen am ehesten mit Rückzug. Entweder, indem sie sich selbst nicht mehr zu Wort melden und sich nicht mehr in Debatten einmischen (44 %) oder indem sie sich von Plattformen, auf denen sie den Hass erlebt haben, gänzlich zurückziehen (46 % der Betroffenen). So findet ein leiser, kaum merkbarer Rückzug statt. Besonders folgenschwer wird dieses Verhalten dadurch, dass der Hass im Netz nicht alle Nutzende gleichermaßen trifft, sondern manche Gruppen überproportional häufig betroffen sind.

Vor allem Jüngere, Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit homo- oder bisexueller Orientierung berichten besonders häufig von Erfahrungen mit Hass im Netz. In der folgenden Analyse wollen wir uns auf die Gruppe der Jüngeren (von 16 bis 24 Jahren) fokussieren.

Was zeichnet diese Altersgruppe aus? Sie nutzen häufiger als Ältere Social-Media-Plattformen. Insbesondere Instagram und TikTok sind unter Jüngeren besonders beliebt. Nach YouTube ist Instagram die beliebteste Plattform junger Erwachsener. 94 % der 16-24-Jährigen nutzen die Plattform. Auch TikTok ist äußerst beliebt und wird von 66 % der Altersgruppe verwendet. Gerade TikTok (und in geringerem Ausmaß auch Instagram) sind die Plattformen, auf denen die 16- bis 24-Jährigen angeben besonders viel Hass wahrzunehmen – mehr als zwei Drittel sieht dort eher oder sehr häufig Hass. Problematisch ist dies vor allem da Social-Media-Plattformen für Jüngere die Plattformen sind, auf denen sie sich vorwiegend auch zu politischen Themen informieren (Sängerlaub/Schulz 2021).

Social-Media-Plattformen sind entscheidend für den politischen Meinungsbildungsprozess junger Menschen

Entsprechend wichtig sind die Plattformen für den politischen Meinungsbildungsprozess junger Menschen. Derzeit findet dieser Prozess in einem Umfeld statt, der verstärkt von Hassbotschaften durchsetzt ist. Das hat unterschiedliche Gründe und Facetten. Im politischen Raum geht dies aktuell v. a. von einer Partei aus, die politisch den Online-Diskurs – besonders auf TikTok – dominiert: die AfD. Sie kommt dort alleine auf mehr Followerinnen und Follower als alle an-

deren im Bundestag vertretenen Parteien zusammen und ihre durchschnittlichen Aufrufe pro Video sind mit 458.000 Aufrufen deutlich reichweitenstärker als die der übrigen im Bundestag vertretenen Parteien.

Diese Reichweite nutzt die Partei geschickt, um ihre politischen Botschaften zu verbreiten. Nicht selten sind diese mit Hass versehen, der sich oft gegen Geflüchtete richtet (Djadisastra/Fiedler/ Müller/ Schaible 2024). Daher verwundert es auch nicht, dass Jugendliche im Netz sich vorsichtig und zurückhaltend zu politischen Themen äußern. 64 % der 16-24-Jährigen geben an, sich aufgrund des Hasses seltener im Netz zu ihrer politischen Meinung zu bekennen, 59 % berichten außerdem, sich seltener an Diskussionen zu beteiligen.

Dabei wird der Hass von den Anhängenden der AfD nicht durchgehend als problematisch gesehen. So zeigt unsere Studie, dass Internetnutzende mit einer Wahlabsicht für die AfD Hassbotschaften offener gegenüberstehen als Anhänger anderer Parteien. 47 % stimmen der Aussage zu, dass durch manche Hassbotschaften endlich mal gesagt wird, was gesagt werden muss. Zum Vergleich: Unter allen Befragten stimmt hier lediglich ein Viertel zu. Insgesamt wird diese Aussage von knapp drei Viertel der Internetnutzenden abgelehnt, von rund der Hälfte der AfD-Wählenden aber akzeptiert.

Die AfD-Strategie zielt darauf ab, andere im Netz einzuschüchtern

All das hat Strategie. Die AfD versucht durch Ausgrenzung und Einschüchterung im digitalen Raum Kontrolle über den politischen Diskurs zu gewinnen. Hass dient dabei als Instrument, um den Diskurs nach rechts zu verschieben und so diese Sichtweisen zu normalisieren (Rieger 2019) und andere Meinungen zum Verstummen zu bringen.

Wenn sich in der Folge von diversen Hassbotschaften diejenigen aus dem Diskurs zurückziehen, die besonders häufig betroffen sind, dann verstärkt das unter Umständen die Verschiebung des demokratischen (Online-)Diskurses zusätzlich. Eine weitere Problematik ist, dass insbesondere Jüngere in einem hasserfüllten Diskurs sozialisiert und politisiert werden. Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im vergangenen Herbst zeigte sich bereits ein bis dahin eher ungewöhnliches Bild: die AfD war auch unter Jüngeren stark. In Hessen lag die AfD unter den 18-24-Jährigen knapp hinter den Grünen auf Platz 3, unter den 25-34-Jährigen sogar auf Platz 2 (Hessisches Statistisches Landesamt 2024). In Bayern zeigte sich

ein sehr ähnliches Bild (Tagesschau 2023). Die neue Stärke der AfD allein auf ihre Online-Strategie zurückzuführen, greift zu kurz. Allerdings kann bei der aktuellen Dominanz der Inhalte ein signifikanter Einfluss auch nicht verharmlost werden.

Was tun gegen Hass im Netz?

Erstens ist klar, Hass muss gemeldet werden. Dafür besteht ein rechtlicher Rahmen und es gibt Meldewege auf den diversen Plattformen, die auch als relativ einfach zu bedienen bewertet werden. Wie aber zuletzt klar wurde, genügt eine Meldung auf den Plattformen nicht immer, um den Hass dort auch zu entfernen. Bei X (ehemals Twitter) wurde nach der Übernahme durch Elon Musk in 2022/23 gerade im Bereich Content Moderation ein Großteil der Mitarbeitenden entlassen. Hassnachrichten werden seitdem seltener gelöscht (Holland 2023). Aber auch außerhalb der Plattformen kann man sich wehren: Gegen Beleidigungen, Verleumdungen etc. kann man sich an die Polizei wenden. Unterstützung gibt es außerdem von verschiedenen Institutionen (siehe hierfür z. B.: <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/>). Gerade die Angebote außerhalb der Plattformen werden aber bislang (zu) wenig genutzt. Selbst unter Betroffenen ist es eine Minderheit, die von den Angeboten Gebrauch macht. Hier ist es wichtig, das Wissen um die Möglichkeiten, wie man sich gegen Hass im Netz wehren kann, zu stärken.

Zweitens müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, um dem Hass im Netz Herr zu werden. Politische Maßnahmen, die darauf abzielen, den Hass im Netz zu bekämpfen, werden von einer breiten Mehrheit der Internetnutzenden, über unterschiedliche politische Lager hinweg, unterstützt. Unter Jüngeren finden die Vorschläge, Polizei und Justiz im Bereich Hass im Netz besser zu sensibilisieren und eine konsequentere Durchsetzung von bestehenden Gesetzen, die höchste Zustimmung. Beides sind keine radikalen Vorschläge, sondern vielmehr die notwendige Bedingung, damit ein demokratischer Online-Diskurs funktionieren kann.

Oft genug ist das aber nicht der Fall. Beiträge, die gegen geltendes Recht verstoßen, werden nicht entfernt. Damit bleibt der Hass öffentlich und die Frage, die sich stellt ist: Wie damit umgehen?

Eine Option ist, öffentlich Gegenrede zum Hass zu posten. Das kann bspw. geschehen, indem unter den Hassbeiträgen kommentiert wird oder Kommentare unterstützt werden, die sich gegen den Hass positionieren. In der Tat passiert dies teilweise bereits: Rund

